Bezirksamt Neukölln von Berlin
Migrationsbeirat
- Geschäftsstelle -

Berlin, den 24.02.2025

Stellungnahme des Neuköllner Migrationsbeirates zum Erstarken der AfD

Sehr geehrte Damen und Herren,
Sehr geehrte Neuköllner*innen,

die Pogrome gegen Geflüchtete und Asylbewerber*innen in den 90ern waren Vorbeben der aktuellen Spaltung der deutschen Gesellschaft und des Erstarkens einer neuen extrem Rechten. Strukturelle und institutionelle Diskriminierungen von Jüd*innen, Muslim*innen, People of Color und People of African Descent in Ost-und West-Deutschland wurden nach der Wiedervereinigung durch Ausbrüche von Anti-Schwarzem Rassismus, Antisemitismus, religiöse Ausgrenzung durch rechts bis rechtsextrem positionierte Milieus gesellschaftsfähig.

Das Erstarken der rechtextremen AfD in Deutschland muss für alle ein Weckruf sein. Es ist ein Angriff auf unsere freie und vielfältige Gesellschaft. Konkret zeigt sich das in den steigenden Zahlen rechtsextremer Gewalttaten.

Der Migrationsbeirat Neukölln fordert einen umfangreichen gesellschaftlichen Ausdruck der Solidarität, der staatlich gestützt wird.

Eine massive Zunahme von Gewalt innerhalb der Gesamtgesellschaft insbesondere gegen Geflüchtete, Jüd*innen und alle anderen „sichtbaren“ Minderheiten mit oder ohne deutsche Staatsbürger*innenschaft vergiftet den gesellschaftlichen Zusammenhalt und lässt die Solidarität untereinander bröckeln. Dabei dürfen wir aber gerade jetzt auch andere Regionen wie Kongo oder Sudan nicht vergessen.

Von der massiven gesellschaftlichen Spaltung sind alle Demokrat*innen betroffen. Der Überfall Russlands auf die Ukraine, die Massaker der Hamas in Israel und die militärische Antwort Israels mit vielen Opfern in der Zivilbevölkerung Gazas haben die gesellschaftliche Spannung auch in Deutschland erhöht und den kollektiven gesellschaftlichen moralischen Kompass in Frage gestellt. Angriffe gegen die säkulare Sprachschule Ibn Khaldun in Neukölln und die linke Programmschänke „Bajszel“ sind ein Beispiel dafür, was passiert, wenn man sich in Neukölln offen gegen Antisemitismus positioniert. Rassismus und antisemitische Ideologie werden insbesondere in Neukölln instrumentalisiert und verbinden absurde Allianzen von rechtsextremen und linksextremen mit islamistischen und anderen fundamentalistischen Milieus. Wir beobachten, dass jüdisches, israelisches, migrantisch diverses und sexuell inklusives Leben sich nach häufigen lebensgefährlichen Bedrohungsszenarien aus dem öffentlichen Raum zurückzieht.

Postanschrift: Karl-Marx-Straße 83, 12040 Berlin
Telefon +49(0) 30 90239 2595, Telefax +49 (0) 30 90239 3742
E-Mail: lorenz.rogasch@bezirksamt-neukoelln.de
Internet: www.berlin.de/neukoelln

Daher fordern wir:

1. konsequenten staatlichen Schutz der Betroffenen
2. massive Investitionen in Schulen, Bildungs- und Opferschutz.
3. ein konsequentes Verbot der rechtsextremen und verfassungsfeindlichen AfD sowie sämtlicher islamistischer und anderer fundamentalistischer Vereinigungen.

Der Staat muss allen Kindern und Jugendlichen, unabhängig von Einkommen, Geschlecht, Herkunft und kulturellem Hintergrund, ein angst- und diskriminierungsfreies Lernen und Aufwachsen ermöglichen.

Der Einfluss der Feinde der offenen Gesellschaft muss auf allen Ebenen zurückgedrängt werden, nicht zuletzt durch frühzeitige Aufklärungsarbeit im öffentlichen Erziehungs- und Bildungssektor. Der Staat muss ein vornehmliches Interesse daran haben, Kinder schon früh in ihrer Entwicklung zu mündigen, demokratischen Bürger*innen einer vielfältigen Gesellschaft voll umfänglich und mit lebensnahen Konzepten zu begleiten.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Güner Balci
Integrationsbeauftragte

Ilknur Gümüs
Vorstand des Neuköllner Migrationsbeirates

Postanschrift: Karl-Marx-Straße 83, 12040 Berlin
Telefon +49(0) 30 90239 2951, Telefax +49 (0) 30 90239 3742
E-Mail: Jens.Rockstedt@bezirksamt-neukoelln.de
Internet: www.berlin.de/neukoelln